



## Diese Woche:

Seite 2 :  
Urteil BVerfG zur  
Grundsteuer

## Liebe Leserinnen und Leser,

neben dem Bericht des Wehrbeauftragten beriet der Deutsche Bundestag in dieser Woche über die Lage in Syrien. Deutschland kann und darf sich der Verantwortung nicht entziehen, wenn entgegen des humanitären Völkerrechts menschenunwürdig Giftgas eingesetzt wird.

Darüber hinaus standen die Reformvorhaben in der Europäischen Union im Mittelpunkt der Gespräche. Die EU befindet sich gerade in einer entscheidenden Phase, die von internationalen Kräfteverschiebungen und Krisen, der Globalisierung, der Digitalisierung sowie dem bevorstehenden Brexit geprägt ist.

In diesem Zusammenhang traf sich auch die Bundeskanzlerin mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Berlin.

Bei aller Wertschätzung gegenüber Europa dürfen nationale Interessen,

wie etwa bei einer gemeinsamen Finanz – und Haushaltspolitik, nicht hintenanstehen.

## Herzliche Grüße

*Ihr*



Seite 3:  
Weniger Einbrüche in 2017



Seite 4:  
Alexander Dorbindt im Interview





# Keine höheren Belastungen durch die Neuregelung der Grundsteuer

Die Grundsteuer betrifft jeden. Wer Grundstückseigentümer ist, ist direkt von ihr betroffen. Wer Mieter ist, ist indirekt von ihr betroffen, weil sein Vermieter die Grundsteuer auf seine Miete umlegen kann.

Am Dienstag, den 16. Januar 2018, hat das Bundesverfassungsgericht die bisherige Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Denn: Die Berechnung der Steuer geht in Westdeutschland auf Grundstücksdaten aus dem Jahr 1964 zurück. Der Wert wurde aber seitdem nie wieder angepasst – obwohl sich die Werte verschiedener Grundstücke seitdem oft unterschiedlich entwickelt haben.

## Für die CSU ist an dieser Stelle vor allem viererlei wichtig.

*Erstens:* Das Urteil darf nicht dazu missbraucht werden, eine „Vermögenssteuer light“ (wie von der SPD schon gefordert) durch die Hintertür einzuführen. Die CSU ist eine Steuersenkungs- und keine Steuererhöhungspartei. Die Grundsteuer kostet allen Steuerzahlern zusammen aktuell 14 Milliarden Euro pro Jahr. Nach der Reform darf diese Summe nicht höher sein.

*Zweitens:* Das Urteil muss verfassungskonform umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass es – im Namen der Einzelfallgerechtigkeit – Verlierer und Gewinner geben muss. Verlierer werden jene sein, deren Grundstücke sich seit 1964 überdurchschnittlich gut entwickelt haben. Gewinner werden jene sein, deren Grundstück sich seit 1964 unterdurchschnittlich gut entwickelt haben. „Unterdurchschnittlich gut entwickelt“ bedeutet dabei nicht, dass das Grundstück zwingend jetzt weniger wert ist als 1964. Es bedeutet lediglich, dass sich im Bundesschnitt die Hälfte aller Grundstücke besser entwickelt hat. Die CSU wird darauf achten, dass auch die Verlierer der Reform nicht überlastet werden. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass jemand, der ein Grundstück geerbt hat, es jetzt wegen der höheren Grundsteuer nicht mehr halten kann.

Ein Beispiel: Zwei Grundstücke, die im Jahr 1964 in der Tat ungefähr gleich wertvoll gewesen sein mögen, mögen nun unterschiedlich wertvoll sein, beispielsweise weil das eine Grundstück mittlerweile in einer Boomregion liegt, während das andere nun an einer viel befahrenen Straße liegt.

Aktuell entrichten beide Grundstückseigner dieselbe Grundsteuer – trotz der unterschiedlichen Wertentwicklung. Diese „Gerechtigkeitslücke“ muss der Gesetzgeber nun laut Bundesverfassungsgericht schließen.



Foto: Tobias Koch

*Drittens:* Die 14 Milliarden Euro, die die Grundsteuer einbringt, fließen aktuell vollständig den Kommunen zu.

Die CSU wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunen mit der Grundsteuer weiterhin eine verlässliche Einnahmequelle haben. Für die CSU bedeutet dies insbesondere: Das kommunale Hebesatzrecht muss bleiben! Denn es ermöglicht es den Kommunen, den letztlich vom Bürger zu bezahlenden Grundsteuerbetrag so anzupassen, dass einerseits das Steueraufkommen gewahrt werden kann, dass andererseits aber auch kein Mehraufkommen generiert wird.



Die CSU wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunen mit der Grundsteuer weiterhin eine verlässliche Einnahmequelle haben. Für die CSU bedeutet dies insbesondere: Das kommunale Hebesatzrecht muss bleiben! Denn es ermöglicht es den Kommunen, den letztlich vom Bürger zu bezahlenden Grundsteuerbetrag so anzupassen, dass einerseits das Steueraufkommen gewahrt werden kann, dass andererseits aber auch kein Mehraufkommen generiert wird.

*Viertens:* Während die SPD über hochkomplexe Bewertungsmodelle nachdenkt, die zwangsläufig zu massiven Personalaufwuchs in den Finanzverwaltungen führen müssen, möchte die CSU eine unbürokratische Lösung, die für den Bürger transparent und nachvollziehbar ist.



## Weniger Einbrüche 2017

### Die Kriminalstatistik 2017 zeigt: Die Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche in Deutschland ist 2017 stark zurückgegangen

Die sinkende Zahl von Wohnungseinbrüchen zeigt vor allem eines: Die in der letzten Wahlperiode ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität zeigen eine erste Wirkung. Nach Berechnungen der Deutschen Presseagentur (dpa) auf Grundlage der für alle Bundesländer vorliegenden Kriminalstatistiken ist die Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche in Deutschland 2017 um mehr als ein Fünftel zurückgegangen.

„Eine gute Nachricht“, freut sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Harbarth. „CDU und CSU haben bereits in der vergangenen Wahlperiode einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität ins Werk gesetzt. Dazu gehören etwa das KfW-Programm zur Einbruchsprävention mit einer Förder-

summe von 50 Millionen im Jahr, die härtere Bestrafung des Einbruchsdiebstahls und zusätzliche Ermittlungsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden.“ Auch wenn die Zahlen rückläufig sind: „Jeder Einbruch ist ein Einbruch zuviel“, so Harbarth „und für die Opfer zutiefst verstörend“. Harbarth verspricht, dass CDU und CSU auch in dieser Wahlperiode jede Anstrengung unternehmen werden, um den Einbruchsdiebstahl weiter erfolgreich zu bekämpfen. „Eine Aufstockung des erfolgreichen KfW-Programms ‚Kriminalprävention durch Einbruchsicherung‘ haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt“, so Harbarth. Die Unionsfraktion plant weitere Instrumente für Sicherheitsbehörden, über die sie demnächst mit dem Koalitionspartner SPD reden will.



## Klares Zeichen gegen Chemiewaffeneinsatz in Syrien

Im syrischen Duma sind zuletzt durch einen mutmaßlichen Giftgaseinsatz des Assad-Regimes zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Die USA, Frankreich und Großbritannien haben deshalb Ziele in Syrien angegriffen. Bundeskanzlerin Merkel hat diese Raketenangriffe als "erforderlich und angemessen" gerechtfertigt.

Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, sagte, die Indizien seien erdrückend, dass der syrische Diktator Assad im Kampf gegen die Opposition chemische Waffen eingesetzt habe. Es sei daher richtig, diesen schweren und fortgesetzten Verstoß gegen die Menschlichkeit und gegen internationales Recht nicht ungesühnt zu las-

sen: „Der Militärschlag war offensichtlich gegen die Fähigkeit Assads gerichtet, die völkerrechtswidrigen Chemiewaffen weiter einzusetzen. Er diene somit dem Schutz der Menschen in Syrien“, so Hardt. Daher finde der Angriff auch die Unterstützung der Unions-Bundestagsfraktion.

Eine dauerhafte Lösung des langen Bürgerkriegs in Syrien kann es nur am Verhandlungstisch und unter Beteiligung der Opposition sowie der anderen Staaten der Region geben. Der Genfer Friedensprozess für Syrien hatte unter der gemeinsamen Führung der USA und Russland verheißungsvoll begonnen. Ziel ist ein säkulares, demokratisches Syrien, das im Frieden mit seinen Nachbarn lebt.



# "Wir müssen das Asylbewerberleistungsgesetz ändern"

**Alexander Dobrindt will Hartz-IV-Leistungen für abgelehnte Asylbewerber einschränken und auf Sachleistungen umstellen.**



*Herr Dobrindt, die CSU ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Da traut sich keiner mehr von der absoluten Mehrheit zu sprechen. Wann wird sich das wieder ändern?*

Vielleicht nach dem 14. Oktober, dem Tag der Landtagswahl in Bayern. Wir arbeiten mit aller Kraft dafür, die größtmögliche Zustimmung der Menschen in Bayern zu bekommen. Bei der Landtagswahl 2013 ist uns ein großer Erfolg gelungen, nach einer schweren Wahlniederlage fünf Jahre zuvor. Das Jahr 2018 kann wieder ein großer Erfolg werden.

## **Ist es konservativ zu sagen: Der Islam gehört nicht zu Deutschland?**

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Unsere Kultur, unsere Werte und unsere Rechtsordnung sind klar christlich-jüdisch geprägt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen will, dass es so bleibt – und wir geben dieser Mehrheit eine Stimme.

Das ganze Interview finden Sie unter folgendem Link: [Interview Alexander Dobrindt](#)

## **70 Jahre Israel**

Der Staat Israel feiert in diesen Tagen den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung. Die Unions-Bundestagsfraktion gratuliert mit einem herzlichen „Masel tov!“

Außerdem wird der Deutsche Bundestag die Staatsgründung am 26. April mit einer Debatte würdigen. Denn vor dem Hintergrund des Zivilisationsbruchs der Shoah, für die Deutschland die historische Verantwortung trägt, ist die Staatsgründung Israels ebenso wie die einmalige und enge deutsch-israelische



Freundschaft eine besondere Errungenschaft.

Deutschland und Israel sind auf besondere Weise verbunden

„Das Leid des jüdischen Volkes in Europa und die Geschichte des Staates Israel werden uns für immer auf besondere Weise verbinden“, erklärt der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt und unterstreicht, dass die Unionsfraktion sich deshalb auch weiterhin mit aller

Entschiedenheit gegen jegliche Form des Antisemitismus einsetzen werde.



## **Für Sie erreichbar...**

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: [alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: [alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)